

Beschlüsse

2. des Rundtischgespräches am 18.12.1989

1. Zulassung neuer Gruppierungen an den Runden Tisch

Die Teilnehmer des Runden Tisches ließen folgende Gruppierungen mit je zwei Vertretern als vollberechtigte Teilnehmer für den Runden Tisch zu:

Freier Gewerkschaftsbund, FDGB
Grüne Liga
Unabhängiger Frauenverband
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, VdgB.

Im Beobachterstatus wurden zugelassen:

Demokratischer Frauenbund Deutschland, DFD
Freie Deutsche Jugend, FDJ
Katholische Laienbewegung
Kulturbund der DDR, KB
Verband der Konsumgenossenschaften der DDR.

In den zugelassenen neuen Gruppierungen zur vollen Teilnahme am Runden Tisch dürfen nur Parteilose vertreten sein.

Außerdem erfolgte die Zulassung des Leiters der Rechtsabteilung des Ministerrates, Dr. Klaus Mehnert, als Beobachter der Regierung.

2. Beschlüsse über die Weiterarbeit des Runden Tisches

Die Arbeitsgruppen des Runden Tisches sollen wöchentlich jeweils montags, 9.00 Uhr beginnend, durchgeführt werden. Wegen der Feiertage ergibt sich folgender Terminplan:

Mittwoch, 27.12.1989
Mittwoch, 03.01.1990
Montag, 08.01.1990.

Außerdem wurden folgende Entscheidungen getroffen:

- Baldmöglichst soll ein Gespräch mit Ministerpräsident Modrow über die Zusammenarbeit der Regierung mit dem Runden Tisch stattfinden.
- Die Einsetzung einer "kleinen Runde" erfolgte, in der je ein Vertreter jeder Partei bzw. Gruppierung teilnimmt. Sie soll einen Prioritätenkatalog für die weitere Arbeit erstellen. Die Leitung hat Oberkirchenrat Ziegler.
- Am Freitag, dem 22.12.1989, findet in der Zeit von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr eine zusätzliche Sitzung des Runden Tisches im Dietrich-Bonhoeffer-Haus statt, zu der Beauftragte der Regierung gebeten werden.

2

3. Stellungnahme des Runden Tisches zum Besuch von Bundeskanzler Kohl, BRD, in Dresden

Die Teilnehmer des Runden Tisches begrüßen den offiziellen Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Kohl in der DDR. Sie bringen die Erwartung zum Ausdruck, daß der Besuch zum Ausbau in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD beiträgt und damit auch der Verantwortung beider deutscher Staaten für die Errichtung einer systemübergreifenden Friedensordnung in Europa entspricht. Die Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden, die durch ein aktives Zusammenwirken von DDR und BRD für Frieden und Abrüstung geprägt sein müßte, sollte durch eine Vertragsgemeinschaft für die Beziehungen ergänzt werden. Die langfristige Perspektive des Verhältnisses kann nur in die gesamteuropäische Entwicklung in Richtung der Ueberwindung der Teilung Europas eingeordnet werden.

Der Besuch sollte den politischen und ökonomischen Rahmen für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD abstecken sowie konkrete Schritte vorbereiten, die zu einer engeren Kooperation führen. Das betrifft vor allem Fragen der Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Tourismus und Rechtshilfe.

Die Teilnehmer des Runden Tisches appellieren an Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl, die Gespräche und deren Ergebnisse in Richtung Kooperation und Kommunikation zum Wohle der Bürger ihrer beiden Staaten zu lenken. Die Souveränität und staatliche Identität jedes der beiden deutschen Staaten darf durch keine Seite in Frage gestellt werden. Die Regierungen der beiden deutschen Staaten werden aufgefordert zu bekräftigen, daß sie sich ihrer Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit in Europa bewußt sind und danach handeln.

Von deutschem Boden darf heute keine Destabilisierung für Europa und damit die Welt ausgehen.

Wir erwarten klare Aussagen, wie bei Abschaffung der Visapflicht und des Mindestumtausches für Reisen in die DDR ein Ausverkauf der DDR an Waren und Dienstleistungen und die Einreise von Neonazis und anderen Rechtsradikalen verhindert werden sollen.

4. Minderheitsvotum des "Neuen Forum" und der "Vereinigten Linken" zum Besuch von Bundeskanzler Kohl, BRD, in Dresden

Wir fordern, daß alle stattfindenden Gespräche auf Regierungsebene und alle Gespräche über internationale Wirtschaftskooperation weder zu sozialen Nachteilen für wirtschaftlich Schwache noch zu einer Wiederbelebung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in der DDR, auch nicht

in Form eines Billiglohn-Landes DDR als verlängerter Wertbank BRD, noch zu einseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit führen dürfen. Die von uns befürworteten Kontakte und Verhandlungen im Rahmen der zu ergreifenden Sofortmaßnahmen mit dem Ziel der Dämpfung der gesamtgesellschaftlichen Krise dürfen nicht als unkontrollierte Generalvollmacht für die Regierung gehandhabt werden. Volksvermögen, insbesondere Grund und Boden sowie die Arbeitskraft dürfen nicht in Waren verwandelt werden und in die Reichweite ausländischen Kapitals geraten.

Wir fordern Ministerpräsident Modrow auf, bei seinen Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl, die ökonomischen und währungspolitischen Auswirkungen der Einstellung des Zwangsumtauschs für Bürger der BRD und Westberlins zu berücksichtigen. Das beinhaltet sofortflankierende Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft unseres Landes, insbesondere des Konsumgüter- und Dienstleistungssektors in Absprache mit dem Runden Tisch zu beschließen.

5. Erklärung des Runden Tisches an die Rumänische Partei- und Staatsführung

Wir Teilnehmer des Runden Tisches in der DDR stehen in der tiefsten Krise unseres Landes vor der schweren Aufgabe, Grundlagen für einen Neuaufbau des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu schaffen. Die Krise ist durch die Diktatur einer stalinistisch orientierten Parteiführung entstanden. Der Runde Tisch ist ein erstes Ergebnis eines gewaltfreien demokratischen Aufbegehrens unseres Volkes. Die Kräfte der Erneuerung haben sich in ihrem Widerstand gegen Diktatur und Repression auf die Solidarität ost- und westeuropäischer Völker gestützt. Wir solidarisieren uns mit dem rumänischen Volk und seinem Befreiungskampf. Deshalb fordern wir aufgrund unserer eigenen bitteren Erfahrungen von der Rumänischen Partei- und Staatsführung, nicht länger mit brutaler Gewalt gegen das eigene Volk zu regieren und einer demokratischen Entwicklung im Wege zu stehen.

Diese Erklärung soll auch der Regierung der DDR übergeben werden mit der Bitte, daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

6. Arbeitsgruppen des Runden Tisches

Es wurde die Bildung weiterer Arbeitsgruppen beschlossen. Danach gibt es jetzt folgende Arbeitsgruppen mit je zwei Einberufern:

- 1. Wirtschaftsausschuß Dr. Ebeling/Dr. Stief
- 2. Ausschuß "Neue Verfassung" Koplanski/G. Poppe
- 3. Ausschuß "Neues Wahlgesetz" de Maiziere/Dr. Ullmann
- 4. Ausschuß "Parteien- und Vereinigungsgesetz" Frau Poppe/Raspe
- 5. Ausschuß "Bildung, Erziehung und Jugend" Köppe/Schramm
- 6. Ausschuß "Medien" Mugay/K. Weiß
- 7. Ausschuß "Strafrecht, Strafvollzug, Strafprozeßrecht, VP-Gesetz, Rehabilitierungsgesetz" Schnur/Günter Waldmann
- 8. Ausschuß "Ausländerfragen" Dshunussow/R. Huhle,
- 9. Ausschuß "Oekologischer Umbau" Meerbach/Platzeck
- 10. Ausschuß "Frauenpolitik" Walfriede Schmitt/Dänicke
- 11. Ausschuß "Sozial- und Gesundheitswesen" Frister/Pawlitschek.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet der Runde Tisch auf die Bildung einer Arbeitsgruppe "Untersuchung". Er heißt gut und unterstützt die Arbeit der unabhängigen Kontrollkommission zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle. Er fordert, daß Vertreter der am Runden Tisch vertretenen Organisationen in diesen Kontrollkommissionen mitarbeiten können.

Bei der Sitzung des Runden Tisches am 03. Januar 1990 soll über die Konstituierung der bislang beschlossenen elf Arbeitsgruppen Rechenschaft gegeben werden.

7. Zum Zustand der DDR-Justiz

Der Runde Tisch machte sich nachstehenden Text des "Neuen Forums" mehrheitlich zu eigen und überwies ihn zur weiteren Klärung und Bearbeitung an die Arbeitsgruppe "Strafrecht":

Das "Neue Forum" ist besorgt über den Zustand der DDR-Justiz. Während sich in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR schmerzhaft Prozesse der inneren Selbstreinigung vollziehen, erweckt der Justiz-Bereich weitgehend den Eindruck, als seien ausgerechnet hier personelle und andere Änderungen nur in geringstem Umfang erforderlich. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Für ein verbreitetes Verhalten des Nicht-Verantwortungs-Übernehmens-Wollens steht besonders die Person des Justizministers Dr. Heusinger ein, welcher unbestreitbar die grundlegend verfehlte, oftmals menschenverachtende Rechtspolitik der letzten 15 Jahre zu vertreten hat. Es ist eine Zumutung für unser Volk, wenn dieser Minister auch nach dem Rücktritt des alten Ministerrates wieder auftaucht und im Kabinett Modrow weiter amtiert, als sei nichts geschehen. Justizminister Dr. Heusinger hat ebenso wie die Vorsitzenden der Senate des OG, der Präsident des OG, der Generalstaatsanwalt, die Bezirksstaatsanwälte und Direktoren der Bezirkegerichte sowie die BG-Richter der 1. Strafsenate und die Staatsanwälte der Abteilung Ia Verantwortung zu übernehmen. Dieser Personenkreis ist aus der Justiz zu entfernen, da er mit seinem Verhalten für die unmenschliche Strafpraxis der Vergangenheit steht und mit diesen Personen als Funktionsträger in der Justiz die gewünschte Rechtsstaatlichkeit nicht glaubwürdig ist. Die Justiz muß erkennbar mit der Aufarbeitung ihrer stalinistischen Vergangenheit beginnen. Es sind auch die vielen namenlosen Opfer der DDR-Justiz kurzfristig zu rehabilitieren und zu entschädigen. Dazu ist im Bereich des MfJ unter Mitwirkung und maßgeblicher Leitung unabhängiger Persönlichkeiten ein Arbeitsstab zu gründen, der systematisch die Prozeßgeschichte der DDR überprüft, die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer organisiert und sichert, daß alle "aus politischen" Gründen verurteilten Gefangenen freigelassen werden, soweit das nicht schon geschehen ist. Dabei soll insbesondere gesichert werden, daß auch die wegen Straftatbeständen der allgemeinen Kriminalität verurteilten politischen Häftlinge freikommen.

* * *